



Artenschutz

Sie haben sich zu Abertausenden eingenistet an den Schaltstellen der Macht: in direkter Nachbarschaft zum Berliner Reichstag im Hof des Paul-Löbe-Hauses, auf dem Hochhausdach der Kreditanstalt für Wiederaufbau mitten in der Bankenmetropole Frankfurt, in vielen Universitätsinstituten, dicht dran am geistigen Fortschritt der Menschheit: Bienenvölker, deren faszinierender Staatsapparat ohne demokratische Wahlen funktioniert, bei denen Meinungsverschiedenheiten ausgetanzt werden. Deren Überleben vom genetischen Programm abhängt, das die einen zur Königin, die anderen zur Arbeiterin oder Amme werden lässt. Nur verhältnismäßig wenige Exemplare reifen zur Drohne heran, dem Männchen, das seiner Bestimmung gemäß nach dem Hochzeitsflug mit der Königin stirbt.

Wenn allerdings mehr Bienen als gewöhnlich tot vom Himmel fallen, dann sind Forschung und Politik gefragt. So geschehen im Frühjahr 2008, als am Oberrhein ein rätselhaftes Bienensterben einsetzte, dem tausende Völker zum Opfer fielen. Ursache war ein Insektengift aus der Gruppe der Neonicotinoide, mit dem Saatgut gebeizt wird. Es haftete nicht fest genug am Korn und bei dem mit Druckluft durchgeführten Säen entwich giftiger Staub mit der Abluft, der sich auf die blühenden Pflanzen legte. Das Todesurteil für die fleißigen Bestäuber, die über die Pollen das Nervengift aufnehmen. Seitdem ist Bienenschutz „in“.

Beispielsweise bei Aldi Süd und Aldi Nord. Anfang des Jahres profilierten sich die Discounter mit ihrem Vorstoß, von ihren Lieferanten und Erzeugern den kompletten Verzicht auf acht bienentoxische Wirkstoffe, darunter drei umstrittene Neonicotinoide, beim Anbau von „deutschem Obst, Gemüse und Kartoffeln“ zu fordern und damit mehr zu verlangen als der Gesetzgeber. Ein mutiger Schritt, verglichen mit Bienenwiesensamentütchen, die Edeka im Zeichen der Nachhaltigkeit an seine Kunden verteilte. Eine Edeka-Sprecherin betont, das Unternehmen arbeite darüber hinaus gemeinsam mit dem WWF an dem Projekt „Landwirtschaft für Artenvielfalt“. Das komme auch der Biene zugute. Mittlerweile gibt es kaum ein Handelsunternehmen, das sich nicht mit seiner Verantwortung gegenüber der Umwelt und Tierwelt auszeichnen möchte. Lidl-Lieferanten etwa müssen bei

Obst und Gemüse die gesetzlich erlaubten Höchstmenge von Pflanzenschutzmittelrückständen um ein Drittel unterschreiten. Tegut erarbeitet eine „schwarze Liste“, in die auch „bienenschädliche Pestizide“ aufgenommen werden sollen.

Immer wieder erhält Peter Maske, Präsident des Deutschen Imkerbundes, Anfragen aus dem Handel, ob man nicht kooperieren könne und das Logo der Imker verwenden dürfe. Doch davon hält er nichts: „Wir geben unser Logo nicht her. Man möchte mit unserem Sympathieimage werben. Sogar ein Chemiekonzern hat schon angefragt.“ Er mahnt, man müsse schon genau hinschauen, wie ehrlich die Aktionen gemeint seien und ob nicht nur Marketingstrategien dahinter stünden.

Aldi betont, es sei dem Unternehmen ernst mit der Biene. „Solche Anforderungen stellen natürlich eine Herausforderung für unsere Lieferanten und die Landwirtschaft dar“, teilt Aldi Nord auf Anfrage mit. Um eine für alle Seiten praktikable Vorgehensweise zu entwickeln, hätten Aldi Nord und Süd Vertreter von Erzeugern, Verbänden und Vereinen, Pflanzenschutzberatern und -ämtern sowie Prüflaboren Anfang März 2016 zu einem Runden Tisch eingeladen. Ziel sei es, schrittweise auf die genannten Wirkstoffe zu verzichten. Denn, so ergänzt Aldi Süd: „Die Vertreter der landwirtschaftlichen Verbände argumentierten, dass sie ein sofortiger vollständiger Verzicht vor zu große Herausforderungen stellt.“

So gebe es nicht für jeden Wirkstoff eine wirkungsvolle Alternative. Ein einfaches Beispiel: Ein vollständiges Verbot der Stoffe könne beispielsweise dazu führen, dass

in manchen Regionen kein Salat mehr ohne Blattlausbefall wächst, da ein alternativer Schutz fehle. „Dies ist eine Situation, die wir als Lebensmittel-einzelhändler natürlich nicht herbeiführen möchten“, so der Discounter. Der Runde Tisch einigte sich zunächst auf den Verzicht des Spritzens der Felder mit den acht Wirkstoffen, die auch Greenpeace als besonders bienengefährlich einstuft, und will bis Ende des Jahres einen Zeitplan für den endgültigen Abschied erarbeiten. Unbeantwortet bleibt die Frage, welche alternativen Produkte dann Anwendung finden werden.

Hinter dem Hype um das Insekt steht die Erkenntnis, dass rund 80 Prozent der heimischen Nutz- und Wildpflanzen auf die Bestäubung durch Honigbienen angewiesen sind. Zudem leben hierzulande rund 500 verschiedene Wildbienenarten, die ebenfalls eine wichtige Bestäubungsleistung erbringen und teils nur eine einzige Pflanzenart anfliegen. Aber die Hälfte von ihnen ist vom Aussterben bedroht.

Grund dafür sind Monokulturen, Pestizideinsatz und Bienenkrankheiten. Nicht immer gibt es nur einen

Auslöser, häufig ist es die Kombination der Faktoren, die vor allem die Wildbienen bedrohen. Denn anders als bei der Honigbiene hält kein Imker die schützende Hand über die zu meist solitär lebenden Insekten, die auch deutlich schlechter zu erforschen sind als ihre honigproduzierenden Verwandten.

Vor diesem Hintergrund versteht sich, dass zwei Bundestagsabgeordnete mit ihrem Bienenvolk im Innenhof des Abgeordnetenhauses ein Zeichen für den Schutz der Biene setzen wollen: Ihr natürlicher Lebensraum schwindet. So sehr, dass ihnen inzwischen die Großstadtluft besser bekommt als das Leben auf dem Lande zwischen gespritzten Feldern, Pflanzen, deren Saatgut chemisch gebeizt wurde, und Äckern, an deren Rändern kein einziges Blümchen mehr blüht, weil Herbizide ihnen längst den Garaus gemacht haben. Monokulturen bestimmen das Landbild und reduzieren die Nahrungsquellen für Honig- und Wildbienen.

Seit dem Schicksalsjahr 2008 sind die Neonicotinoide, die auf das Nervensystem der Insekten wirken, ins Fadenkreuz der Bientod-Ermittler gerückt. 2013 erließ die EU eine vorläufige Nutzungseinschränkung für drei höchstverdächtige Wirkstoffe. Doch wer versucht, durch die Verbote und Gebote des Pestizideinsatzes in der Landwirtschaft zu blicken, der muss eine Machete dabei haben, um sich die Sicht im Paragraphenschun- gel freizuschlagen. Denn es gilt kein generelles Verbot, vielmehr dürfen bestimmte Mittel nur bei bestimmten Pflanzen zu bestimmten Jahreszeiten mit einer bestimmten Methode angewendet werden. Es darf beispielsweise nicht gespritzt werden, wenn Pflanzen blühen, die von Bienen angefliegen werden, gebeiztes Saatgut darf für bienenrelevante Pflanzen nicht verwendet werden. Selbst, wenn die Biene beim Wassersammeln

„Der Markt bewegt sich viel schneller als die Politik“

Corinna Hölzl, BUND

„Wir erarbeiten einen Zeitplan für den Ausstieg“

Aldi Süd

Bienen sind für die Landwirtschaft und damit die Versorgung der Menschheit mit Lebensmitteln von existenzieller Bedeutung. Doch Pestizide bringen die fleißigen Bestäuber in Gefahr. Das bereitet nicht nur Imkern und Ökologen Sorgen, auch der Handel ist alarmiert und fordert von seinen Lieferanten Konsequenzen. Vorreiter ist Aldi. | Katja Gußmann

am „Schweißtröpfchen“ einer gerade aufgelaufenen Pflanze nascht, deren Saatgut gebeizt wurde, nimmt sie Neonicotinoide auf, die sich in hoher Konzentration darin befinden.

Alles halb so wild, meinen die Verfechter des Pestizideinsatzes, davon sterbe die robuste Honigbiene nicht. Stimmt, sagen unabhängige Wissenschaftler, das vielleicht nicht. Doch jüngst fand ein Team der Universitäten Mainz und Frankfurt in einem gemeinsamen Forschungsprojekt heraus, dass Bienen, die Rückstände von Neonicotinoiden in ihren Stock einfliegen, sie an die Ammenbienen weitergeben, die einen Futtersaft für die Versorgung der Brut produzieren. Neonicotinoide hemmen die Produktion von Acetylcholin, eine Substanz im Futtersaft, die für das Gedeihen der Larven notwendig ist. In der Folge sind die Larven unterversorgt und sterben, das Volk wird nachhaltig geschwächt.

„Das ist die neue Erkenntnis“, sagt Professor Grünwald vom Frankfurter Bieneninstitut. „Bislang wusste man nicht, dass die Ammenbiene Acetylcholin in hoher Konzentration produziert und es für die Larven so wichtig ist.“ Länger bekannt ist bereits, dass Bienen die diesen auf das Nervensystem wirkenden Substanzen ausgesetzt sind, die Orientierung verlieren können und nicht zurück in ihren Stock finden.

Die EU will bis Anfang 2017 alle Erkenntnisse zu Neonicotinoiden zusammentragen um zu einer Neubewertung zu gelangen, die die Regelung von 2013 ablöst. Auf nationaler Ebene hat das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft unter Minister Christian Schmidt im Sommer vergangenen Jahres eine zusätzliche Eilverordnung erlassen, die die Einfuhr und Verwendung mit Neonicotinoiden gebeizten Wintersaatguts verbietet, was von der EU-Regelung nicht abgedeckt war. Gerade erst wurde diese Verordnung dauerhaft festgeschrieben. Der Minister sieht sich gerne als Bienenfreund und verweist stolz auf die niedliche Handy-Bienen-App des BMEL.

Die Bauern dagegen wollen auf den Einsatz von Pestiziden in der industriellen Landwirtschaft kaum verzichten. Druck kommt darüber hinaus von Bayer und Syngenta, den Herstellern der Neonicotinoide. Hohe Investitionskosten stecken in den Insektiziden, bis sie überhaupt zur Marktreife gelangen und die Zulassung erhalten. Entsprechend groß ist das Interesse, zumindest Teilzulassungen zu bewahren.

Umweltschutzorganisationen befürworten das Engagement des Han-

dels. Sie unterstützen, dass Baumärkte bienengefährliche Produkte auslisten und hoffen darauf, dass Händler verstärkt ihre Marktmacht in den Dienst der Umwelt stellen. Corinna Hölzl, Pestizidexpertin beim Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND): „Der Markt bewegt sich viel schneller als die Politik, auch wenn eigentlich der Gesetzgeber vorangehen sollte. Jetzt zeigt der Markt der Politik, wie es gehen kann.“ Handlungsbedarf gibt es genug.

Laut einer Studie der Organisation waren von 22 getesteten Honigen aus

„Wir erstellen eine schwarze Liste bienengefährlicher Pestizide“

Teigut

deutschen Supermärkten mehr als die Hälfte – darunter alle sechs in Deutschland erzeugten – mit Rückständen (jedoch unter der zulässigen Höchstgrenze) der Neonicotinoide Thiacloprid und Acetamiprid belastet, die als schwach bis mäßig bienengefährlich gelten. Das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit entzog im Februar hochkonzentriert thiaclopridhaltigen Produkten für Hobbygärtner die Zulassung. Steffen Heinzelmann vom Landwirtschaftsministerium hält dagegen, Thiacloprid sei wissenschaftlich geprüft worden: „Es gibt keine Hinweise, die ein Verbot nötig gemacht hätten.“ Der BUND übt insgesamt Kritik an der Zulassungspraxis für Pesti-

zide: „Die Bewertungskriterien für die Bienengefährlichkeit sind nicht mehr zeitgemäß. Sie berücksichtigen keine Kombinationseffekte, keine Langzeitwirkungen und keine subletalen, also nicht-tödlichen Effekte.“

Eine Kritik, die sich gegen das Bieneninstitut im Julius-Kühn-Institut für Kulturpflanzen richtet, eine Behörde des Landwirtschaftsministeriums, die für die wissenschaftliche Beurteilung von Pflanzenschutzmitteln zuständig ist. Minister Christian Schmidt hat diese Botschaft wohl summen hören, denn seit April darf sich sein Bienen-

institut über mehr Personal und finanzielle Mittel freuen. Mehr Forschung soll der Wildbiene gelten, aber auch der Kombination verschiedener Präparate,

von denen jedes einzelne als bienenungefährlich gelten mag, aber deren Cocktail tödlich ist. Denn die nicht zulassungsgemäße Anwendung sei in der Regel die Ursache für Bienenvergiftungen, zeigen Untersuchungen des Instituts, dem jährlich zwischen hundert bis hundertfünfzig Proben toter Bienen zugesandt werden. Im Großteil der Proben werde die Varroamilbe als Verursacher nachgewiesen, die aus Asien eingeschleppt wurde. Aber hier haken unabhängige Wissenschaftler und Umweltschutzorganisationen ein: Bienenvölker, die von Pestiziden ge-

schwächt sind, seien auch diesbezüglich anfälliger.

Aktionen des Handels wie etwa von Aldi sieht das Julius-Kühn-Bieneninstitut kritisch. Denn das durch den Händler ausgesprochene Verbot der genannten Wirkstoffe berücksichtigt nicht die sehr differenzierte Anwendungsweise in der Landwirtschaft und müsse streng genommen alle neurotoxischen Wirkstoffe ausschließen, auch solche, die schwach bis mäßig toxisch wirken. Und durch die sehr vereinfachte Darstellung der Lage sei dem Verbraucher nicht geholfen. Er werde verunsichert und frage sich: Wenn Aldi seine Lieferanten auffordert, auf bestimmte Mittel zu verzichten – wie arbeiten denn dann die Erzeuger und Lieferanten der anderen Einzelhändler? Und sind unsere Gesetze nicht streng genug, so dass der Handel eigene Maßstäbe setzen muss?

Christiane Huxdorff, Landwirtschaftsexpertin bei Greenpeace, würde das klar bejahen, schließlich fordert die Umweltorganisation seit Jahren ein totales Verbot der Neonicotinoide: „Im Grunde brauchen wir einen Systemwechsel, weg von der Hochleistungslandwirtschaft mit riesigen Ackerflächen und Monokulturen.“ Ingenieure tüfteln unterdessen an ganz anderen Lösungen: Sie entwickeln Roboter, die gezielt schädliches Unkraut aus dem Acker zupfen, Drohnen, die Nützlinge über den Feldern ausbringen und künstliche Bienen, die die Bestäubung übernehmen. Wir könnten sie Maja nennen.

lz 37-16

START-UP NEARBEES

Honig im Briefkasten

Die süße Bestellung kommt mit der Post. Einfach den Umschlag, den der Briefträger in den Kasten geworfen hat, an einer Ecke aufschneiden und den Honig in ein Glas umfüllen. Victoria Schmidt, Imkerin und Gründerin des Online-Marktplatzes Nearbees, ist von ihrem Konzept überzeugt. Mit zwei weiteren Bienen-Begeisterten ist sie Anteilseignerin des Münchner Start-ups, das vor zwei Jahren mit einem Dutzend Imkern seine Arbeit aufnahm. Nearbees will die Hersteller von lokalem Honig mit Kunden in der Nachbarschaft zusammenbringen. Denn für die meisten Hobbyimker ist die Vermarktung „zu zeitaufwendig und wenig lohnend“, weiß Schmidt. Sie können sich auf der Plattform registrieren und ein

individuelles Profil für ihre Bienen und deren Honig erstellen, Konsumenten den Honig online ordern.

Wichtig war den Gründern ein cleveres Versandkonzept. Schwere Gläser zu verschicken, wäre zu teuer. Die Lösung bot der gute alte Briefumschlag. Für die flüssige Fracht wird er mit einer dünnen Plastiksenschutzschicht ausgekleidet. Der Versand der Standardmenge von 400 Gramm Honig kostet in dieser Hülle nur 1,45 Euro. Zudem lasse sich der Umschlag „wie eine Zahnpastatube aufrollen“ und fast vollständig entleeren, sagt Schmidt. Klebrige Überraschungen im Briefkasten schließt sie aus. „Die Verpackung ist sehr stabil.“ Inzwischen sind laut Schmidt bundesweit knapp 1 000 Imker auf den Online-

Marktplatz aufgeschaltet, der in diesem Jahr einen Umsatz von 100 000 Euro anpeilt. Der durchschnittliche Warenkorb betrage 17,50 Euro. Nearbees erhält vom Verkaufspreis des Honigs 15 Prozent Provision.

Auch Edeka- und Rewe-Händler interessierten sich für lokalen Honig, sagt Schmidt. Nearbees will mit einem Pilotprojekt für die nötigen Bündelungseffekte sorgen, denn das Gros der Imker besitze nur sechs Bienenvölker – viel zu wenig, um selbst mit dem LEH ins Geschäft zu kommen. Für den SB-Vertrieb wird gerade eine „ökologische Einwegverpackung auf Papierbasis“ entwickelt. Ende des Jahres soll sie fertig sein – und Nearbees im Supermarkt an den Start gehen. *cd/lz 37-16*